

LANDKREIS REUTLINGEN

N i e d e r s c h r i f t

- öffentlich -

Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr

Sitzungsende: 16:37 Uhr

Sitzungsort: Landratsamt Reutlingen, Mittlerer Sitzungssaal, Bismarckstraße 47

Vorsitz:

Landrat Dr. Ulrich Fiedler

Schriftführung:

Rainer Mayer

Anwesende Mitglieder:

FWV-Kreistagsfraktion

Dr. Barbara Dürr

Martin Fink

Erich Fritz

Silke Höflinger

Friedel Kehrer-Schreiber

Andreas Seiz

CDU-Kreistagsfraktion

Wolfgang Göbel

Bernd Hummel

Felix Mayer

Sven Probst

Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN

Henrike Brinkmann

Rainer Buck

Michael Schwenk

ab TOP 1 teilw.

SPD-Kreistagsfraktion

Ronja Nothofer

Ralf-Michael Röckel

Helmut Treutlein

bis TOP 6 teilw.

FDP-Kreistagsfraktion

Regine Vohrer

Hagen Kluck

Vertretung für Herrn Florian Bauer;
ab TOP 1 teilw.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnung

öffentlich

1. Projekt "Zukunft Wohnen"
Mitteilungsvorlage
- KT-Drucksache Nr. X-0579 -
2. Kerschensteinerschule Reutlingen, Einzelraumregelung und Hydraulischer Abgleich
- Vergabe des Gewerks Elektro und MSR
- KT-Drucksache Nr. X-0576 -
3. Gewerbliche Schule Metzingen, Erweiterung der EDV-Verkabelung
- Vergabe des Gewerks Elektro
- KT-Drucksache Nr. X-0577 -
4. Karl-Georg-Haldenwangschule Münsingen, Erneuerung der gesamten Schwimmbad-
technik
- Vergabe des Gewerks Sanitär
- KT-Drucksache Nr. X-0578 -
5. Sanierung der Beruflichen Schule Münsingen
- Vergabe des Gewerks Erdarbeiten und Entwässerungsarbeiten
- KT-Drucksache Nr. X-0588 -
6. Bericht zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Campus Bad Urach“
Mitteilungsvorlage
- KT-Drucksache Nr. X-0585 -
7. Mitteilungen/Anfragen

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

vor Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -

Absetzen eines Tagesordnungspunktes

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt er mit, Tagesordnungspunkt 9 (des nichtöffentlichen Teils der Sitzung) werde von der Tagesordnung abgesetzt.

Auszüge:

Kreisschul- und Kulturamt

Verwaltungsdezernat

Stabstelle Zentrale Verwaltung (Vormerkung SKA)

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

vor Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -

Gratulation

Der Vorsitzende gratuliert Frau Kreisrätin Braun-Seitz zum heutigen Geburtstag und überreicht ihr einen Blumenstrauß. Die Anwesenden singen, dirigiert von Herrn Mayer, ein Geburtstagsständchen („Viel Glück und viel Segen“).

Kreisrätin Braun-Seitz bedankt sich für die Überraschung.

Auszug:

Stabstelle Zentrale Verwaltung

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -

Projekt "Zukunft Wohnen"
Mitteilungsvorlage

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. X-0579 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Bauer führt in das Thema ein und legt dar, wo man herkomme. Man sei im Landkreis Reutlingen traditionell ein Standort großer Einrichtungen, der größte Träger sei die BruderhausDiakonie, die traditionell historisch gewachsen ein großes Angebot vorhalte. Rund 50 % der Klienten der BruderhausDiakonie kämen auch tatsächlich aus dem Landkreis Reutlingen. Man habe sich schon jahrelang in regelmäßigen Planungsgesprächen darüber unterhalten, was der richtige Bedarf im Landkreis Reutlingen sei, und dann sei man übereingekommen, man sollte nicht von den Planungen der Verantwortlichen ausgehen, sondern man sollte die aktuellen und die künftigen Klienten befragen, wo der Bedarf liege, in welcher Wohnform sie künftig leben wollten und wer mit entsprechender Unterstützung weiterhin zu Hause bleiben möchte. So sei die Idee entstanden, gemeinsam mit der DHBW Stuttgart ein Forschungsprojekt aufzusetzen. Herr Prof. Dr. Meyer werde die Vorgehensweise und das Ergebnis vorstellen. Im Anschluss werde er selber noch ausführen, was das konkret für den Landkreis, die BruderhausDiakonie und auch die anderen Einrichtungen im Landkreis bedeute und wie man damit umgehe. Herr Freisem von der BruderhausDiakonie sei heute leider verhindert.

Herr Prof. Dr. Meyer trägt mithilfe beiliegender Präsentation ausführlich den Sachverhalt vor.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und die Arbeit, die dahinterstecke. Das Gesagte zeige deutlich, dass man in diesem Bereich echte Teilhabe nur dann realisieren könne, wenn man sich mehr auf die Person und die Interessen der Person fokussiere, und wenn er es richtig verstanden habe auch mehr fokussiere auf das Thema Sozialraum, dass man auch im Sozialraum sozusagen Angebote echter Teilhabe schaffe.

Kreisrätin Nothofer bedankt sich für die ausführliche Darstellung. Sie finde es total wichtig, sich gesondert mit den Bedarfen von jungen Menschen zu beschäftigen. Sie habe eine Frage zu einer Zahl auf der zweiten Folie, nämlich den Anstieg von 20 % von jungen Menschen mit SBBZ-Bezug. Das erscheine ihr auf den ersten Blick sehr hoch, sie bitte um Erläuterung.

Herr Prof. Dr. Meyer erläutert, es sei tatsächlich in vielen Regionen so, dass die Beschulung von Kindern mit sogenannter geistiger Behinderung/Lernschwierigkeit wieder stärker im SBBZ stattfinde. Er glaube nicht, dass das bedeute, dass die Anzahl der Personen in der Bevölkerung zugenommen habe. Darüber werde viel in der Wissenschaft diskutiert. Faktisch habe man nicht weniger Kinder mit geistiger Behinderung als früher. Er geht kurz näher darauf ein.

Kreisrat Treutlein bemerkt, er habe das Gleiche fragen wollen. Er sei mit der Erläuterung nicht einverstanden. Man habe bei der Peter-Rosegger-Schule in Reutlingen, im Gemeinderat sei ausführlich darüber diskutiert worden, einen massiven Anstieg der Kinder, die auf die Peter-Rosegger-Schule gingen, und auch einen Anstieg der Inklusionszahlen. Man habe also beide Anstiege. Es habe bisher niemand erklären können, woran das liege. Er finde es toll, dass die Eltern das SBBZ als eine positive Einrichtung betrachten. Vielleicht könne man den Anstieg in 5 Jahren, wenn sich dann die Entwicklung über Jahre zeige, besser erklären,

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

denn der führe dazu, dass die Stadt Reutlingen die Schule massiv erweitern, also anbauen müsse, da sich die Schülerzahlen nahezu verdoppelt hätten. Das sei eine große Herausforderung. Von daher würde er sich wünschen, dass man es besser verstehe. Sonst finde er die Untersuchung gut und es sei wichtig, dass man mit der Analyse versuche, die Interessen der Menschen umzusetzen, dass die sich verwirklichen könnten. Da seien die Politik und die Einrichtungen gefordert. Es gehe nicht um den Fortbestand der Einrichtungen, sondern um die Menschen, das sei wichtig.

Kreisrat Röckel ergänzt, dass viele Schüler ins SBBZ gingen hänge auch damit zusammen, dass keine Sonderschullehrer mehr an eine allgemeinbildende Schule gingen, es liege also auch am Lehrermangel. Er wolle wissen, was man jetzt mit diesen Ergebnissen mache, das sei doch die spannende Frage.

Herr Bauer erläutert, das Land sei ursprünglich davon ausgegangen, dass durch die inklusive Beschulung an der Regelschule Kapazitäten im SBBZ frei würden, das sei aber eine Milchmädchenrechnung gewesen. Was bedeuten die Ergebnisse? Im Moment sei man in einer relativ guten Zeit, dass man in die Umsetzung komme. Mit dem neuen Leistungsrecht BTHG werde die Eingliederungshilfe grundsätzlich auf neue Füße gestellt. Man sei im Moment intensiv dabei, mit allen Leistungserbringern, also mit über 180 Angeboten im Landkreis, neu zu verhandeln, neu zu vereinbaren. Das sei einmal die Angebotsseite, die Hilfe selbst werde deutlich personenzentrierter. Man mache mindestens alle 2 Jahre in jedem Einzelfall eine komplette Gesamtplanung, wo Ziele vereinbart würden, wo dann auch nach 2 Jahren die Zielerreichung überprüft werde, und das sei das Stichwort Wirkungsorientierung. Ausgehend von diesen Gesprächen bestehe man darauf, dass innerhalb von diesen 2 Jahren Planungszeitraum eine Klientenbefragung durchgeführt werde, und wenn man Ergebnisse der Gesamtplanung habe und das Ergebnis der Klientenbefragung, dann trete man, auch das werde vereinbart, in einen regelmäßigen Qualitätsdialog mit den Einrichtungen, damit man sagen könne, wo es gut laufe und wo man etwas anders machen könne. Mit dem neuen Leistungsrecht habe man ein gutes Instrument, die Ergebnisse umzusetzen. Was bedeute das für die Angebote? Teilweise habe man lange darum gerungen, ein einzelnes Angebot etwas umzuwandeln. Die BruderhausDiakonie habe aufgrund der Ergebnisse festgelegt, sie werde zunehmend ambulante Settings fordern. Bisher sei die Verteilung ca. 2/3 stationär, 1/3 ambulant gewesen, die neue Zielgröße liege bei 1/3 besondere Wohnformen, und 2/3 ambulant. Und das bilde sich jetzt bereits bei den Aufforderungen zu den neuen Leistungsvereinbarungen ab. Etliche sogenannte Außenwohngruppen, die bisher als stationäre vereinbart gewesen seien, sollen künftig ambulant betrieben werden, und diese Entwicklung sei nicht nur bei der BruderhausDiakonie zu beobachten. Man habe Einrichtungen, das ZfP zum Beispiel ganz aktuell, auch der Verein für eine Soziale Psychiatrie, die würden künftig keine besonderen Wohnformen mehr haben, sondern eine sogenannte qualifizierte Assistenz im eigenen Wohnraum. Man komme hier einen enormen Schritt voran. Damit werde jedoch keine Kosteneinsparung verbunden sein, eher im Gegenteil, aber es werde eine wesentlich bessere Wohnqualität, Lebensqualität und auch eine deutlich bessere, bedarfsgerechte Betreuung der Klienten geben.

Kreisrätin Höflinger bemerkt, sie sei überrascht gewesen, dass die Inklusion an normalen Schulen zurückgehe, das sei schade. Auch wenn man Lehrermangel habe, man habe ja auch die Inklusionskonferenz. Es sei schwer nachzuvollziehen, dass man da jetzt einen Rückgang erlebe. Das sei schade, denn das sei ja die gesellschaftliche Integration.

Kreisrat Treutlein wirft ein, auch die Inklusionszahlen würden steigen.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Herr Prof. Dr. Meyer bemerkt, das sei ein gesellschaftlich wichtiges Thema.

Kreisrätin Dr. Dürr legt dar, Herr Prof. Dr. Meyer habe gute Beispiele gebracht, wie man diese Wohnformen differenzieren könne, aber sie habe eine Frage hinsichtlich Wirklichkeit und Wünsche. Man habe ja in allen Bereichen, in denen es um die Versorgung gehe, ein Care-Problem, das heißt man habe nicht genügend Berufstätige, die im Bereich der Versorgung tätig seien. Gebe es überhaupt genügend Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, um diese hehren Ziele zu erreichen? Es sei gut, wenn diese Menschen nachher selbstständig leben würden, aber gerade in dem Bereich Assistenz könne man sagen, sie könnten Wünsche generieren, Sozialraumorientierung, da brauche man ja schon spezielle Berufe, und da sehe sie doch eine gewisse Differenz. Sie wolle wissen, ob der Experte auch Schwierigkeiten in der Umsetzung, in der Zielerreichung sehe.

Herr Prof. Dr. Meyer bejaht dies. Das sei überall so und man erlebe auch, dass Einrichtungen händierend nach Personal suchen, auch im Bereich der Eingliederungshilfe. Es gebe natürlich immer die Möglichkeit, auch eine sogenannte unqualifizierte Assistenz zu finanzieren, das sei jedoch nur möglich bei bestimmten Tätigkeiten, aber das könnte eine Lösung des Problems insofern sein, als bestimmte Dinge, wie z. B. Freizeitassistenz, nicht zwingend von einer Fachkraft erbracht werden müssten. Über das persönliche Budget könne man das sogar flexibel handhaben. Das seien aber nur Ideen, qualifizierte Assistenz, pflegerische Tätigkeiten, diese Problematik sehe er auch.

Kreisrätin Braun-Seitz bedankt sich für den Vortrag. Herr Prof. Dr. Meyer habe dargestellt, dass es wünschenswert wäre, dass gerade junge Menschen, die aus der Schule kämen, Informationen über zukünftige Wohnformen bekommen. Sie wolle wissen, ob sich die Verwaltung auch ein Projekt vorstellen könnte, also ein Probewohnen oder Wohnpraktikum, oder z. B. einen Informationsfilm. Vielleicht könnte man sich das in der Inklusionskonferenz überlegen. Sie fände sehr wichtig, dass gerade die jungen Menschen, die sich dann auch für ihr weiteres Leben entscheiden müssten, wie sie wohnen wollten, alle Informationen hätten.

Herr Bauer erläutert, man habe vor vielen Jahren ein Modellprojekt Probewohnen aufgesetzt, das dann auch entsprechend in die Regelstruktur überführt worden sei. Also die Möglichkeit könne man schaffen, das könne man auch als Leistungsbaustein vereinbaren. Das Allerwichtigste sei aber tatsächlich, was die andere seines Erachtens grundlegende Erkenntnis der Studie gewesen sei, nämlich das Thema informiert sein, und hier sei man wieder am Thema Teilhabepanung, Gesamtplanung. Die sozialpädagogisch geschulten Fallmanager müssten im Planungsgespräch auf die Möglichkeiten hinweisen und dazu motivieren, etwas anderes auszuprobieren. Man habe häufig den direkten Wechsel vom Elternhaus in die besondere Wohnform. Einen Aspekt habe er benannt, das Sicherheitsbedürfnis der Eltern. Einen anderen Aspekt müsse er klar benennen, nämlich die über Jahre antrainierte gewisse Unselbstständigkeit der Klienten. Auch das werde Ziel des Fallmanagements sein, hier relativ frühzeitig Verselbstständigungstendenzen zu fördern.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Beteiligten im Haus und extern und stellt fest, die Mitglieder des Ausschusses hätten von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen.

Auszüge:

Kreissozialamt
Stabstelle 04 Planung und Steuerung
Sozialdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -

**Kerschensteinerschule Reutlingen, Einzelraumregelung und Hydraulischer Abgleich
- Vergabe des Gewerks Elektro und MSR**

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. X-0576 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Kreisrat Buck fragt, was die Abkürzung „MSR“ bedeute.

Herr Goller erläutert, MSR bedeute „Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik“ und gehöre zum Bereich Elektro.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß KT-Drucksache Nr. X-0576 zur Abstimmung. Gegen eine Zusammenfassung der Ziffern bestehen keine Bedenken.

Es ergeht einstimmig mit 20 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

1. Die Vergabe für das Gewerk Elektro (Los 1) erfolgt an die Firma Elektrotechnik Strobl GmbH & Co. KG, Schelklingen, mit einer Vergabesumme von brutto 204.127,23 EUR.
2. Die Vergabe für das Gewerk MSR (Los 2) erfolgt an die Firma Sauter-Cumulus GmbH, Stuttgart, mit einer Vergabesumme von brutto 146.478,42 EUR.

Auszüge:

Kreisschul- und Kulturamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 3 - öffentlich -

Gewerbliche Schule Metzingen, Erweiterung der EDV-Verkabelung
- Vergabe des Gewerks Elektro

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. X-0577 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß KT-Drucksache Nr. X-0577 zur Abstimmung.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig mit 20 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

Die Vergabe für das Gewerk Elektro erfolgt an die Firma Ebinger + Munz Elektrotechnik, Lichtenstein, mit einer Vergabesumme von brutto 356.105,83 EUR.

Auszüge:

Kreisschul- und Kulturamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 4 - öffentlich -

**Karl-Georg-Haldenwangschule Münsingen, Erneuerung der gesamten Schwimmbad-
technik**
- Vergabe des Gewerks Sanitär

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. X-0578 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Auf Frage von Kreisrat Buck erläutert Herr Goller den Unterschied zwischen dem Hauptan-
gebot und dem Nebenangebot. Dies entspreche der Ausschreibung.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß KT-Drucksache
Nr. X-0578 zur Abstimmung.

Es ergeht einstimmig mit 20 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

Die Vergabe für das Gewerk Sanitär erfolgt an die Firma Aquila Wasseraufbereitungstechnik
GmbH, Wertheim, mit einer Vergabesumme von brutto 428.400,00 EUR ohne Wartung.

Auszüge:

Kreisschul- und Kulturamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 5 - öffentlich -

Sanierung der Beruflichen Schule Münsingen
- Vergabe des Gewerks Erdarbeiten und Entwässerungsarbeiten

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. X-0588 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß KT-Drucksache Nr. X-0588 zur Abstimmung.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig mit 20 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

Die Vergabe für das Gewerk Erdarbeiten und Entwässerungsarbeiten erfolgt an die Firma Kleinwächter GmbH & Co. KG, Münsingen, mit einer Vergabesumme von brutto 166.494,27 EUR.

Auszüge:

Kreisschul- und Kulturamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 6 - öffentlich -

**Bericht zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Campus Bad Urach“
Mitteilungsvorlage**

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. X-0585 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Bauer legt dar, wo man herkomme. Er erinnere an die Kreistagsklausur am 11. Februar 2022 in Form einer Videokonferenz, bei der allgemein über die Entwicklung der Kreiskliniken diskutiert worden sei und in der Herr Ulmer vom Kommunikationsbüro Ulmer die Ergebnisse des Bürgerrats für einen Gesundheitscampus Bad Urach vorgestellt habe. Das sei der Startschuss für die Arbeitsgruppe gewesen. Der Kreistag habe die Verwaltung beauftragt, innerhalb eines Jahres bzw. bis Mai 2023 eine Konzeption und daraus folgend auch ein Raumprogramm für medizinisch, pflegerische Gesundheitsangebote zu entwickeln. Der Auftrag sei gewesen, zunächst unabhängig von den bestehenden Gebäuden das Grundstück mit seinen rund 4,3 ha Fläche anzuschauen, zu überprüfen, welchen Bedarf es für Bad Urach, für die Region des Ermstals gebe und daraus eine Konzeption zu erarbeiten. Man habe den Kreistag bzw. die Fraktionen im Wesentlichen durch Übersendung der jeweiligen Sitzungsprotokolle informiert. Es hätten inzwischen 6 Sitzungen stattgefunden, die nächste Sitzung sei am 17. Mai. Wie sei man vorgegangen? Ausgangspunkt für die Überlegungen seien zunächst die Vorschläge des Bürgerrats gewesen, die Gedanken der Medizin-konzeption 2025 der Kreiskliniken, dann seien beim Landratsamt und beim Rathaus verschiedene Anregungen, Interessenten, Bedarfsmeldungen eingegangen, das sei Grundlage gewesen. Zusammenfassend habe man das nochmals als Anlage der KT-Drucksache beige-fügt. In den Sitzungen habe man diese Vorschläge bewertet, man habe auch zwischen den Sitzungen gemeinsam zahlreiche Gespräche mit den niedergelassenen Ärzten, mit den vor Ort tätigen Kliniken und mit Einzelpersonen geführt. Man habe ja aus dem Projekt Primär-versorgungsverbund auch eigene Erkenntnisse, empirisch abgesichert, wie die Medizin der Zukunft aussehen werde, Versorgungsbericht der kassenärztlichen Vereinigung, um einige zu nennen.

Wo stehen wir derzeit? Nach der gemeinsamen Einschätzung sei eine Mischnutzung des Geländes sinnvoll; zum einen mit Angeboten der gesundheitlichen Versorgung, mit Angebo-ten der allgemeinen Daseinsvorsorge und mit einer daran angepassten Wohnnutzung. Wel-che medizinischen, gesundheitlichen Angebote seien Stand jetzt gesetzt? Es werde einen Bedarf für ein Gesundheitszentrum, ein Ärztehaus geben, von einzelnen Praxen bestehe bereits ein konkretes Interesse, auch die PP.rt Reutlingen wolle dort mit einer psychiatri-schen Institutsambulanz reingehen. Klar sei, da stünden die Interessenten aber noch nicht vor der Tür, dass man einen Bedarf an Fachärzten, Kinder- und Jugendmedizin, Urologie und hautärztliche Versorgung habe. Das DRK wolle dringend eine neue Rettungswache bauen, das wäre mit einem relativ großen Flächenbedarf verbunden, allein für das Gebäude 55 x 11 m, und selbstverständlich werde es auch den Notarztstandort in Bad Urach weiterhin geben. Im Bereich der Daseinsvorsorge habe ein großer Träger der Alten- und Behinderten-hilfe zum einen Interesse am Bestandsgebäude geäußert, aber auch mittelfristig an einer Teilfläche auf dem Gelände. Es gehe da um Ersatzneubauten, die aufgrund der Heimbau-verordnung gebaut werden müssten. Die Stadt Bad Urach werde in nächster Zeit das Graf-Eberhard-Gymnasium grundlegend sanieren, auch dort gebe es bereits erste Untersuchun-gen. Das Bestandsgebäude könnte hier als Interimsnutzung während der Bauzeit infrage kommen, ebenfalls für eine 3- bis maximal 4-gruppige Einrichtung der Kindertagesbetreuung,

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

die dann später auch auf dem Gelände gebaut werden solle. Das Gelände sei städtebaulich höchst interessant, am ÖPNV angebunden, zentrumsnah. In welcher Stadt gebe es noch ein Grundstück in vergleichbarer Lage und vergleichbarer Größe, das tatsächlich sinnvoll weiterentwickelt werden könne. Man wisse um die Gemengelage, das Grundstück sei im Eigentum der Kreiskliniken, die baurechtliche Planungshoheit liege bei der Stadt Bad Urach. Im Moment handle es sich um ein Sondergebiet Klinik, d. h. jede einzelne Entwicklung müsse bauplanungsrechtlich umgesetzt werden usw., und deshalb mache es aus Sicht der Arbeitsgruppe nur Sinn, jetzt nicht einzelne Bausteine separat zu verfolgen und umzusetzen, sondern es mache mehr als Sinn, dieses Gelände sozusagen mit allen bisher Beteiligten, Gemeinderat Stadt Bad Urach, Kreistag als wichtiger Mitspieler, Bürgerrat und natürlich zukünftigen Interessenten in einem Guss zu überplanen, und es gebe ein relativ gutes Beispiel in Marbach am Neckar. An dem Standort sei, es sei ein zweijähriger Prozess gewesen, genauso vorgegangen worden, begonnen mit einer Auftaktveranstaltung, mit einer Klausur und man habe sich dort die notwendige Zeit genommen, um die Planungen aufeinander abzustimmen. Am Ende des Prozesses sei ein einigermaßen verbindlicher Letter of Intent gestanden, da habe zum Beispiel eine Einrichtung der Altenhilfe ganz konkretes Interesse gezeigt und habe jetzt auch entsprechende Gebäude übernommen, und dieses Verfahren wäre aus Sicht der Arbeitsgruppe eine gute Blaupause für Bad Urach. In Marbach habe die Firma DQuadrat (REAL ESTATE) das Verfahren begleitet. Deren Geschäftsführer Hans Schmid sei lange Zeit Tiefbauamtsleiter der Stadt Reutlingen gewesen, danach Baubürgermeister in Ludwigsburg, inzwischen selbstständig, kommunal gut vernetzt. Das wäre eine Option und der Gemeinderat der Stadt Bad Urach, dem habe man diese Vorgehensweise in der Sondersitzung am 31. Januar ebenfalls vorgestellt, könnte sich diesem Verfahren öffnen. Das sei der Vorschlag der Verwaltung.

Der Vorsitzende ergänzt, es sei ihm ein großes persönliches Anliegen, die Herausforderungen einerseits, aber vielmehr noch die Chancen aus dieser Entwicklung tatsächlich zu realisieren, und aus seiner Sicht würden die Chancen bei Weitem überwiegen. Man habe verschiedene Handlungs- und Entwicklungsstränge aufgezeigt. Einer, der nur am Rande angesprochen gewesen sei: Man werde auf der Grundlage der Reformen, die derzeit in Berlin gestaltet würden, das Thema stationäre Versorgung in den Kreiskliniken des Landkreises neu denken, neu definieren und neu realisieren müssen, davon sei er fest überzeugt. Das sei das eine. Das andere sei, man werde auf der Basis dessen, was man bis jetzt erarbeitet habe - Gott sei Dank sei man im Landkreis Reutlingen so weit wie kein anderer Landkreis -, das Thema Primärversorgung flächendeckend so gestalten müssen, dass man die bestmögliche Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis realisieren könne, mit dezentralen Einheiten. Ein PORT Gesundheitszentrum habe man in Hohnstein bereits, das andere in Hülben sei auf dem Weg. Man werde solche Einheiten gerade vor dem Hintergrund der Reform der stationären Versorgung und der damit einhergehenden weiteren Ambulantisierung, der damit einhergehenden Sektorenaufweichung, voranbringen müssen, das sei der zweite Handlungs- und Entwicklungsstrang. Und der dritte sei der: Die Kreiskliniken hätten 4 ha Eigentum inmitten der Stadt Bad Urach, die unglaublich spannende Entwicklungen realisierbar zu machen scheinen, also eine Stadtentwicklung mit allem was dazu gehöre. Der vierte Handlungs- und Entwicklungsstrang, wenn man so wolle, sei neben der Primärversorgung die Gesundheitsversorgung in der Fläche. Alle wüssten um die Schwierigkeiten der Nachbesetzung von Allgemeinarzt- und Facharztstellen, der Schwierigkeiten der medizinischen Versorgung auch im niedergelassenen Bereich in der Fläche. Was sei jetzt Aufgabe des Landkreises, und da verbiete sich seines Erachtens jeder Schnellschuss? Aufgabe sei, die 4 Entscheidungsstränge übereinanderzubringen, bestmöglich zu vernetzen, zu verschränken und zu verzahnen, und darin sehe er die große Chance, die man habe, im Vergleich zu anderen Landkreisen, die allein schon vor der Reform der stationären Versorgung

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

vor völlig anderen Herausforderungen stünden als der Landkreis Reutlingen. Eines könne man sicher sagen, hätte man die stationäre Versorgung Bad Urach nicht über den Aufsichtsrat und den Gesellschafter aufgegeben, man wäre spätestens mit der Umsetzung dessen, was nun in Berlin auf den Weg gebracht werde, dazu gezwungen. Natürlich sei die Schließung der Ermstaklinik ein schmerzhafter Schritt gewesen, aber man habe aufgrund der Datenlage, die man über das Primärversorgungsverbundprojekt entwickelt habe, aufgrund dessen, dass man die Hausaufgaben an anderer Stelle schon gemacht habe, eine riesen Chance, die Gesundheitsversorgung im Landkreis flächendeckend in die richtige Richtung zu bekommen. Und jetzt konkret zu Bad Urach: Für ihn bedeute das, man müsse schauen, welche Bedarfe genau vor diesem Hintergrund, stationäre Versorgung neu denken, Primärversorgung in der Fläche, Gesundheitsdienstleistungen in der Fläche, ärztliche Versorgung in der Fläche, bestünden, und müsse diese sicherstellen. Was bedeute das an Bedarfen ganz konkret in Bad Urach? Da gehe es eben nicht um Kompensation für einen über hundertjährigen Klinikstandort, sondern da gehe es um bedarfsgerechte Ausgestaltung moderner Medizin am Standort Bad Urach, das sei das eine. Und das andere sei, mit der Stadt Bad Urach als Träger der kommunalen Planungshoheit die Gesamtfläche zu entwickeln, um das Richtige zu tun. Er glaube, mit Herrn Schmid hätte man jemanden, der das exzellent könne, da schon an anderer Stelle unter Beweis gestellt. Er freue sich auf den Prozess, und natürlich müsse man auch den Bürgerrat in die weitere Entwicklung miteinbinden, damit man neben all diesen Handlungs- und Entwicklungssträngen auch die Bürgerschaft mit im Boot habe. Man habe schon einfachere Aufgaben gehabt, das sei klar, es sei komplex und es werde Zeit in Anspruch nehmen. Man könne heute noch nicht sagen, was morgen fertig sei. Man nehme sich die Zeit, um das nachhaltig Richtige an dieser Stelle zu tun.

Kreisrat Schwenk bemerkt, er und seine Fraktion hätten schon öfters nach dem aktuellen Stand gefragt, deshalb bedanke er sich für die Information. Er habe eine Frage zu den 2 Gebäuden, dem Schwesternwohnheim, ob die in den Planungen mitberücksichtigt würden oder ob das separat sei.

Herr Bauer legt dar, man sei bewusst vom Auftrag ausgegangen, zunächst unabhängig von der bestehenden baulichen Nutzung vorzugehen. Man habe jetzt keine Entwicklungskonzeption für ein Schwesternwohnheim entwickelt, man habe als Bedarf, er habe es benannt, eine Interimsnutzung für das bestehende Klinikgebäude identifiziert. Das könne sich auch mit dem Planungsprozess decken, aber für andere Gebäude nicht.

Kreisrat Schwenk fährt fort, er denke die Stadt Bad Urach und der Gemeinderat seien abgeschlossen, zumindest was diese Bebauungsplangeschichte betreffe, aber sein Eindruck sei, dass in der Stadt und im Gemeinderat gewisse Erwartungen da seien. Wobei er das total unterstütze, dass man sich Zeit lassen müsse, dass man ein gutes Konzept erarbeiten müsse, dass man das mache, was man wirklich brauche. Von dem her müsse man das vielleicht auch klar kommunizieren, dass der Kreistag oder die Kreiskliniken oder wer auch immer der Träger sei, gewillt sei, etwas Gutes zu machen, um auch diese große Fläche städtebaulich gut zu nutzen. Seine Unterstützung habe die Verwaltung, Gegenwind werde es bestimmt auch geben.

Der Vorsitzende bemerkt, er glaube man müsse das genau umdrehen: Nicht Bad Urach unterstütze den Landkreis, sondern der Landkreis unterstütze Bad Urach. Die Stadt sei Träger der Planungshoheit und für die Stadt sei die Chance weit größer als für das, was der Landkreis als Teilbereich dieser Fläche als optimale bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung am Standort Bad Urach unterstützen und realisieren wolle. Er glaube, man brauche schon auch einen gewissen Wandel in der Betrachtung und der Perspektive an der einen oder anderen

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Stelle, um da tatsächlich ins Ziel zu kommen. Er sage es ganz bewusst, auch wenn man öffentlich sei, er kenne keinen Bürgermeister und keine Oberbürgermeisterin, die die Stadt Bad Urach um diese Situation, 4 ha inmitten der Stadt entwickeln zu dürfen, nicht beneide. Er sei sich sicher, jeder andere wäre froh, so eine Chance zu haben und deswegen betone er nochmals, für ihn gehe es nicht um Kompensation dessen, was durch die Ermstaklinik verloren gehe, sondern er glaube an eine riesen Planungschance und wolle seinen Beitrag leisten, indem er eine bedarfsgerechte Gesundheitsplanung im Kontext dessen, was er genannt habe, unterstütze. Die Planungshoheit würde weder die Kreiskliniken noch der Landkreis, sondern die Stadt Bad Urach tragen.

Kreisrat Schwenk bemerkt, das werde wohl so sein, wobei er denke, wenn der Landkreis Eigentümer der Fläche sei, sei es ähnlich wie beim Neubau des Landratsamts: Der Landkreis plane und die Stadt Reutlingen habe ihr Okay dazu gegeben. Natürlich wäre es schön, wenn die Stadt Bad Urach überlegen könnte, was sie da plane, aber der Landkreis sei der Eigentümer. Ob man es da jetzt vorantreiben könne, das zu entwickeln, halte er für schwierig, ansonsten müsste man es umdrehen und sagen, der Kreistag sage, die Stadt Bad Urach dürfe sich da „austoben“. Frage sei aber, wer das dann bezahle und entwickle.

Kreisrätin Braun-Seitz fragt zur Interimsnutzung der Bestandsbauten, ob es möglich wäre, dort Geflüchtete unterzubringen. Diese Frage sei im Vorfeld dieser Sitzung an sie herangetragen worden. Der zweite Punkt sei, ihr sei die Rolle des Landkreises auch in dem Prozess eigentlich nicht ganz klar, werde sich der Landkreis an einem MVZ oder wie auch immer in irgendeiner Art und Weise als Gesellschafter beteiligen? Und zum dritten, wenn es auf Bundesebene eine Änderung gebe, was die stationäre Gesundheitsversorgung betreffe, betreffe das das Medizinkonzept 2025 insgesamt? Beträfe es auch die Pläne für den Neubau der Kreisklinik in Reutlingen? Sie wisse nicht, ob man das heute bereits beantworten könne, aber diese Frage dränge sich ihr auf. Im Übrigen finde sie das Vorgehen gut, auch wenn DIE LINKEN bedauern würden, dass die Klinik in Bad Urach geschlossen werden musste, viele verschiedene Akteuren und die Bevölkerung miteinzubeziehen.

Der Vorsitzende erläutert zu den Fragen 2 und 3, selbstverständlich werde das massivste Auswirkungen auf das Medizinkonzept haben und selbstverständlich auch auf alle Überlegungen zu baulichen Planungen. Man werde sich in der zweiten Jahreshälfte sowohl im Aufsichtsrat als auch im Verwaltungsausschuss und Kreistag damit auseinandersetzen müssen. Noch mal, er sei der Überzeugung, für den Landkreis würden die Chancen überwiegen.

Herr Bauer legt dar, natürlich wäre eine Unterbringung von Geflüchteten im bisherigen Klinikgebäude möglich, es sei aber nicht vorgesehen. Man habe ein weitgehend raumfüllendes Programm mit der Interimsnutzung für das Graf-Eberhard-Gymnasium, und man habe ja noch 2 Praxen in dem Gebäude drin, die Praxis Dr. Fuhrer und eine Augenarztpraxis, und die hätten die Zusage, dass sie dort bis auf Weiteres bleiben könnten. Mit der Nutzung als Schule vertrage sich das, ob es mit einer Nutzung für Geflüchtete auch so wäre, könne er nicht sagen.

Kreisrat Treutlein ist der Auffassung, man sollte die positive Seite dieser Mitteilungsvorlage in den Vordergrund stellen und nicht versuchen, Bedenken, die man noch haben könne, in den Mittelpunkt zu stellen. Er glaube, was Herr Landrat Fiedler gesagt habe sei wirklich gegeben, es sei eine städtebauliche Entwicklungschance für Bad Urach in dermaßen großem Maße, wie das sonst nirgends der Fall sei. Der Eigentümer des Grundstücks, die Kliniken, und der verantwortliche Landkreis, könnten nur Klinik machen. Wenn man etwas ändern wolle, müsse man die Stadt Bad Urach fragen, die Stadt Bad Urach habe also das Heft des

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Handelns in der Hand. Und der Eigentümer müsse Interesse daran haben, mit dem Grundstück etwas anzufangen, sonst habe er nur Lasten zu tragen. Eine bessere Situation gebe es gar nicht. Man habe viele gewerbliche Situationen, wo die Eigentümer irgendetwas machen könnten, was dann möglicherweise der Kommune gar nicht gefalle, zum Beispiel in der Stadt Reutlingen, aber in Bad Urach sei das nicht der Fall. Man habe eine Sondernutzung und wenn die Wandlung statfinde, dass dann wirklich die Kommune entscheide, das sei doch großartig. Und er denke das sei die Hoffnung, die man hier an dieser Stelle mit der Vorlage verknüpfen könne, und er glaube auch, die Tatsache, dass es Interimsnutzungen auch mit dieser Schule, Ausweichquartier, gebe, sei großartig. Was würde denn die Schule in der Sanierungszeit machen, die müssten ja Container kaufen und auf die Wiese stellen. Da könnte man Kosten sparen, es seien also lauter positive Seiten. Es wäre etwas anderes, wenn man sagen würde, man habe die Klinik geschlossen und das Gebäude stehe 5 Jahre leer und verkomme. Dies sei aber nicht der Fall. Er sehe das als eine hoffnungsvolle Mitteilungsvorlage und auf diesem Weg müsse weitergegangen werden. Er denke, das nötige Planungsgeschick werde Herr Schmid sicher beweisen und deshalb glaube er, man könne das geplante Vorgehen der Verwaltung mit großer Genugtuung und Zustimmung zur Kenntnis nehmen.

Kreisrat Buck bedankt sich bei Herrn Bauer für den Vortrag. Das zeige, dass die Überlegungen vorankämen. Seine Fraktion hätte zwar begrüßt, wenn bei diesem Prozess auch die Fraktionen beteiligt worden wären, wie es in ihrem Antrag formuliert gewesen sei, aber so sei es eben jetzt nicht. Seine Fraktion verfolge den Prozess mit großem Interesse und er denke auch, dass durchaus positive Aspekte dabei seien. Allerdings würde er sagen, die Sache sei gemischt mit Städtebau und Gesundheitswesen. Der Landkreis müsse Vorschläge unterbreiten und diese gegebenenfalls mit der Stadt Bad Urach verhandeln, dass es dort in die städtebauliche Planung miteinfließe. Er denke, dass es auch mit dazu gehöre, wenn es weiter vorangehe, da entsprechend reinzukommen. Herr Bauer sei in seinen Ausführungen an der einen oder Stelle sehr allgemein geblieben, deshalb habe er eine Nachfrage. Erstens würde ihn interessieren, ob dieser Prozess durch Herrn Schmid, an den er sich sehr gut erinnern könne und den er damals bei der Stadt Reutlingen sehr geschätzt habe, schon angefangen habe, ob es sozusagen Zwischenergebnisse gebe, oder ob er erst anfangen würde. Zum Zweiten verweise er auf das Argument mit dem Spiegelpunkt ganz oben auf der Seite 3 der KT-Drucksache: Ein großer Träger der Alten- und Behindertenhilfe habe mittelfristige Interesse. Er wolle wissen, ob man dazu schon etwas Konkretes sagen könne, also vor allen Dingen sei das Thema rehabilitative Kurzzeitpflege interessant, das habe man immer wieder in der Fraktion besprochen. Das stehe auch bei diesem Schema ganz oben dran als Maßnahme, als Aktivität, und er wolle fragen, ob diese Überlegungen hier auch mit einflößen oder was damit genau gemeint sei, dass man hier Interesse an einer Interimsnutzung habe. Ein Letter of Intent höre sich modern an, aber was sei damit genau gemeint, wer mache diesen und welche Eckpunkte sollen da drinstehen, dies könne er nicht genau nachvollziehen.

Herr Bauer erläutert, der Letter of Intent werde erst am Ende des gemeinsamen Prozesses Kliniken, Landkreis, Bad Urach, weitere Beteiligte stehen. Herr Schmid habe noch nicht angefangen, über den Vorschlag zur Verfahrensweise würden die Kliniken in ihren Gremien entscheiden. Klar sei, die Beauftragung erfolge nicht durch den Landkreis, sondern durch die Eigentümerin des Grundstücks. Ja, er sei teilweise allgemein geblieben, beispielsweise was den großen Träger angehe. Das sei kein Thema, das bereits jetzt öffentlich bekannt werden sollte, und das Beispiel rehabilitative Kurzzeitpflege sei auch ein gutes Beispiel, weshalb man jetzt das konkrete Bild, wie das Gelände in 5 oder 10 Jahren aussehe, nur mit einer gewissen Vorsicht beschreiben könne. Man habe sich dem Thema rehabilitative Kurzzeitpflege intensiv gewidmet, es habe eine Konzeption gegeben, es habe bereits Baupläne gegeben, es habe Gespräche mit den Kostenträgern gegeben, und dann habe einen die ge-

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

setzliche Entwicklung überholt, inzwischen sei es leider so. Hintergrund sei tatsächlich gewesen, dass die Patienten, die bisher nicht aus der Klinik entlassen werden konnten, eine Anschlussversorgung bekommen, dass sie Rehabilitation bekommen, um dann besser in die Anschlussversorgung zu kommen, und inzwischen gebe es die sogenannte Übergangspflege, finanziert durch die Krankenkassen, die genau diesen Zeitraum in der Klinik noch weiterhin finanziere. Folglich sei das Thema rehabilitative Kurzzeitpflege nicht mehr zielführend gewesen und deshalb sei es auch nicht als Vorschlag drin.

Kreisrätin Dr. Dürr bemerkt, sie wolle vor allem zum Inhaltlichen etwas sagen, weil sie glaube, für Bad Urach und den Landkreis sei diese Entwicklung ein großer Gewinn. Sie bedanke sich für alles, was beraten worden sei. Was sie wichtig finde, die Medizin werde immer komplexer und man brauche mehr Beratungsangebote, als es gebe. Sie sei immer der Meinung gewesen, der Patient müsse mitgehen, er müsse wissen, was mit ihm gemacht werde, und dann werde er auch gesund. Da sei ein Ansatz da und das werde zunehmen, weil mit invasiven Methoden und sonstigen Sachen brauche man wirklich mehr Zeit, um die Patienten zu beraten. Und dann komme sie zum Pflegehotel, weil sie das schon seit 20 Jahren so nenne. Herr Prof. Martin sage immer, sie sei der Zeit voraus. Aber der Landrat habe es angesprochen, die ganze Medizinlandschaft werde sich verändern. Wenn jetzt viel mehr ambulant operiert werde und wenn man die demografische Entwicklung habe, dann brauche man auch dieses Pflegehotel. Wenn die Betroffenen eine neue Hüfte bekämen, würden sie nicht gleich in die Reha kommen, sondern 4 bis 5 Wochen nach Hause gehen. Aber wenn man hier ein medizinisches Zentrum habe, dann könne man die Patienten vielleicht hier im Pflegehotel besser versorgen. Und dann sei Innovation ja immer gut, vielleicht auch ein Modell zu machen, und jetzt komme sie wieder mit ihren Care-Berufen. Man habe das Problem mit der Pflege und den Care-Berufen. Wenn man da wirklich ein sektorenübergreifendes Modell machen könne, man sei ja im Landkreis gut unterwegs, dann könne man auch für die Ausbildung an hoher Attraktivität gewinnen. Man könne da nicht nur Patientenberatung machen, Ergänzung zu Leistungen, die man in der kleineren Klinik habe. Der stationäre Sektor werde stark schrumpfen, deshalb brauche man mehr im ambulanten Sektor, wenn man da gut aufgestellt sei. Es sei eigentlich gut, dass dieses Krankenhaus geschlossen worden sei, denn es gebe große Chancen, sich für die Zukunft an diese neuen Medizinkonzepte anzupassen. Sie wünsche sich sehr, dass sich das auch so entwickeln werde. Man müsse gerade diese Berufe, die um die Patienten herum arbeiten, wieder attraktiver machen, und vielleicht seien diese unattraktiv geworden, weil man es immer noch so mache, wie man es Jahrzehnte gemacht habe. Neue Wege, neue Behandlungs- und Pflegeformen könnten vielleicht den Fortschritt signalisieren und da auch sozusagen Begeisterung wecken, deshalb finde sie, es sei eine riesen Chance, wenn man inhaltlich gut arbeite, sich Zeit lasse und es nicht übers Knie breche, dann kommen am Schluss etwas Gutes heraus.

Kreisrätin Vohrer bemerkt, aus Sicht derer, die die Schließung des Krankenhauses in Bad Urach kritisiert hätten, und das seien ja nicht wenige, sei sicher positiv, dass jetzt so viele Alternativen auf der Hand liegen würden, was man mit dem Gebäude, mit dem Grundstück und mit der Anlage machen könne. Das werde sicher auch für Kritiker eine besänftigende Wirkung haben, wenn man sehe, es gebe einen Plan und es gebe Nutzungsmöglichkeiten, die die Gesellschaft letztendlich weiterbringen und unterstützen, auch im medizinischen Bereich. Das wolle sie einfach hinzufügen, weil es immer fachlich aufgedröselte werde, und in den Rathäusern sei es auch nicht anders, aber am Ende müsste es ja vor allem die Bürgerinnen und Bürger verinnerlichen und akzeptieren, und deshalb denke sie, es sei eine sehr gute Sache, die auf den Weg gebracht werde, und sicher noch einige Zeit dauern werde, bis man da Klarheit habe und sich sicher sei, wie es weitergehe.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Kreisrat Schwenk sieht es auch als große Chance. Ihm sei vor zweieinhalb Jahren fast der Kopf abgerissen worden, als er für das Medizinkonzept gestimmt habe, deshalb sei er jetzt etwas vehementer und fordere das auch ein bisschen ein, die Verantwortung, die der Kreistag hier habe. Der Kreistag habe ja gesagt, er wolle einen Gesundheitscampus machen, eine gute medizinische Versorgung für diesen Bereich sicherstellen, und deswegen dürfe es sich der Kreistag da nicht so einfach machen, wie er es von Herrn Treutlein gehört habe, dass man sage, da solle die Stadt vorangehen. In dem Bereich medizinische Versorgung habe seiner Meinung nach der Kreistag den Hut auf und müsse da der Treiber sein. Natürlich müsse die Stadt Bad Urach, der Gemeinderat, die Chance nutzen, was sonst noch möglich sei. Es sei auch nicht so einfach, was die Interimslösung für die Schule betreffe. Das werde ggf. nur gemacht, wenn es billiger sei als eine Containerlösung. Von dem her, er sehe es als Chance, aber es sei auch eine große Aufgabe für die Stadt, da etwas zu machen, mit dem dann auch alle mitgehen könnten.

Kreisrätin Höflinger bemerkt, man habe in Hohenstein bereits ein Gesundheitszentrum, welches sich auch sehr gut entwickelt habe und auch vom Standort her sehr gut sei. Dieses Areal in Bad Urach sei ebenfalls sehr geeignet für diesen Gesundheitscampus, was eine große Chance darstelle. Sie frage, ob das zweite Gesundheitszentrum Hülben dann überhaupt noch notwendig sei, weil da höre ja der Landkreis auf. Man finanziere die Gesundheitszentren über die Kreisumlage mit, man habe ja vor einem halben Jahr Beschlüsse gefasst, dass man diese Finanzierungen fortführe. Sie wolle dies nur anmerken und bitte darum, es kommunaltechnisch nicht misszuverstehen. Bad Urach und Hülben seien nicht allzu weit voneinander entfernt, und wenn hier so eine Riesenchance entstehe, sei das ein Gedanke wert.

Der Vorsitzende bestätigt, man müsse bedarfsgerecht agieren und sehen, was es an Bestand gebe, um die bestmögliche Gesundheitsversorgung im gesamten Landkreis sicherzustellen.

Kreisrätin Nothofer bemerkt zu Kreisrätin Dr. Dürr, sie sei zusammengezuckt, als sie gesagt habe, es sei gut gewesen, dass man die Klinik in Bad Urach habe schließen müssen. Dies könne sie schwierig so stehen lassen. Es sei eine große Herausforderung für die Menschen in Bad Urach, für viele Beschäftigte, und da könne man jetzt das Beste draus machen. Man müsse bedarfsgerecht agieren, da gehe es auch darum, unterschiedliche Aspekte miteinzubeziehen, aber zu sagen, das sei vielleicht gut gewesen, greife ihres Erachtens an dieser Stelle nicht.

Kreisrätin Dr. Dürr erläutert, sie sei der Meinung, wenn man so einen Prozess lange hinauszögere und der nicht mehr zeitgemäß sei, könne so ein Schnitt, der für viele zugegebenermaßen schwierig sei, auch Kraft und Ideen geben, neue Lösungen zu finden, die einfach viel zeitgemäßer seien. Es tue ihr manches auch leid, sie sei ja selber Ärztin, aber diese Zeiten würden neue medizinische Versorgungsformen erfordern. Sie finde, eine Krise sei immer auch eine Chance.

Der Vorsitzende fasst zusammen, alle gemeinsam hätten eine große Verantwortung an der Stelle, der man gerecht werden müsse. Er betone es noch mal, aus seiner Sicht habe man unglaubliche Möglichkeiten, große Chancen, und die müsse man nutzen. Er stellt fest, die Mitglieder des Ausschusses hätten von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Auszüge:

Kreiskämmerei
Sozialdezernat
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 7 - öffentlich -

**Unterbringung von Geflüchteten
(Mitteilung)**

Herr Pflumm teilt mit, er wolle eine Zwischeninformation zur Flüchtlingsunterbringung in der Carl-Zeiss-Straße in Reutlingen geben. Natürlich sei momentan die kurzfristige Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine und vielen anderen Ländern vorrangig und da werde die Carl-Zeiss-Straße in absehbarer Zeit nicht helfen, sondern da sei es notwendig gewesen, sehr viele unterschiedliche Wohnungen bis zur Theodor-Heuss-Sporthalle, unter anderem auch das Schwesternwohnheim in Bad Urach, zu erschließen. Trotzdem verfolge man aktuell gemeinsam in einer guten Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Reutlingen weiterhin die Zielsetzung, im Oberzentrum eine zentrale Einrichtung auf dem Gelände Carl-Zeiss-Straße zu errichten. Der Stand sei schlichtweg der, man sei gemeinsam mit der Stadtverwaltung parallel unterwegs, die Stadtverwaltung bearbeite das Bebauungsplanverfahren, vonseiten des Landkreises sei das eine oder andere Gutachten noch vorzulegen gewesen. Parallel bereite die Landkreisverwaltung die Ausschreibung vor, sodass sobald der Bebauungsplan dann Gültigkeit haben werde, eine entsprechende Ausschreibung erfolgen könne. Die Verwaltung werde rechtzeitig auf die Kreisgremien zukommen, man denke da an eine Ausschreibung vergleichbar mit dem neuen Verwaltungsgebäude, also das Thema Anmietung mit Kaufoption, denn bei der Anmietung gäbe es gewisse Vorteile bei der Abrechnung mit dem Land im Vergleich zum Selberbauen.

Kreisrätin Braun-Seitz fragt zum Thema Geflüchtete, ob man wie früher wieder Zahlen darüber bekomme, wie viele Geflüchtete sich zurzeit im Landkreis befänden, aufgeschlüsselt nach Nationalitäten. Die Sondergenehmigung, dass 4,5 m² pro Person zur Verfügung stehen müssen, laufe aus. Sie wolle wissen, wie man das im Landkreis umsetzen könne. Es solle auch Änderungen in der Kostenerstattung geben. Sie bitte darum, bei Gelegenheit darüber zu informieren.

Der Vorsitzende sagt zu, man werde die Gremien umfassend informieren.

Auszüge:

Amt für Migration und Integration
Ordnungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 7 - öffentlich -

Kleinklassen
(Anfrage Kreisrat Buck)

Kreisrat Buck bemerkt, die Verwaltung habe den Mitgliedern des Kreistags letzte Woche die Schulstatistik 2022/2023 zur Information gemailt. Er bitte die Verwaltung darum, genau zu sagen, wie im Moment der Stand hinsichtlich der sogenannten Kleinklassen sei und wie gegebenenfalls Konsequenzen daraus zu ziehen seien. Diese Information wäre für seine Fraktion hilfreich.

Herr Pflumm holt aus, man habe den Mitgliedern des Kreistags die Schulstatistik zukommen lassen. Was die weiteren Planungen für die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen, vor allem der gewerblichen Schulen im Landkreis Reutlingen anbelange, spreche er immer von einer Art Dreieck. Das eine sei das Thema regionale Schulentwicklung, d. h., was, welche Berufe werden in der Zukunft in welchem Umfang nachgefragt und welche Klassen sind dann nachhaltig beschulbar bzw. wo sei eine Existenzgefährdung vorhanden, das sei eine Ecke dieses Dreiecks. Die zweite Ecke dieses Dreiecks sei das Thema, welchen ohnehin vorliegenden Sanierungsbedarf der Schulgebäude es gebe. Der Kreistag habe die Verwaltung beauftragt, die sogenannte Leistungsphase 0 zu beauftragen, um zu wissen - das eine sei die konzeptionelle Notwendigkeit, das andere sei die bauliche Notwendigkeit an den Schulen, wo ist was hinsichtlich Brandschutz, Klimaschutz, sonstigen Leitungen usw. notwendig. Das Dritte sei die quantitative Entwicklung. Da habe man, wie man es immer gemacht habe, die Schulstatistik zukommen lassen. Man habe aber auch drüber informiert, dass man ein Büro, die Firma Beregio beauftragt habe, darüber hinaus eine Schülerprognose abzugeben. Wenn man diese 3 Punkte beieinander habe, habe man letztendlich das Dreieck geschlossen und dann könne man sich gemeinsam unterhalten, wie es insgesamt in der Schulentwicklung weitergehe, vor allem wo welche Prioritäten zu setzen seien. Die bisherigen Prioritäten seien klar, eine sei ja bereits mitten im Bau, die Sanierung der beruflichen Schule Münsingen. Die Sanierung der Theodor-Heuss-Schule habe man ja nochmals überplanen müssen, weil die erste Annahme, die im Rahmen von der Quartiersentwicklung gekommen sei, zu grob und damit zu niedrig gewesen sei, diese beiden Schulen habe man unter anderem deshalb in die Priorität 1 genommen. Es sei klar gewesen, was die regionale Schulentwicklung im gewerblichen Bereich anbelange, sei die momentan weniger im Fokus, im Vergleich zum Beispiel der Gewerblichen Schule in Metzingen und der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule, er nenne nur die Stichworte Kfz, Metall, Elektro. Da habe man sich ja wiederholt darüber unterhalten, und es sei auch die Bitte in der AG Schulentwicklung gewesen, dass man die Fakten darlege, und das werde die Schülerzahlprognose bringen.

Was die Kleinklassen und die sogenannten Hinweisschreiben angehe, habe man vom Regierungspräsidium Tübingen eine Mitteilung bekommen. Er zitiert daraus, die folgenden Bildungsgänge müssten zum Schuljahr 2023/2024 aufgehoben werden: Fachklasse für Hauswirtschaft an der Laura-Schradin-Schule, das zweijährige Berufskolleg für Ernährung und Hauswirtschaft an der Laura-Schradin-Schule, die Fachschule für Metalltechnik an der Gewerblichen Schule Metzingen, die Fachklasse für Landwirtschaft an der Beruflichen Schule in Münsingen. Aber dieses Wort „müssten“ bedeute, dass auch diese Klassen 2023/2024 fortgeführt werden könnten. Effektiv geschlossen werde nur die Fachklasse Tourismus-Kaufmann, Tourismus Kauffrau an der Theodor-Heuss-Schule in Reutlingen, da sei einfach keinerlei Nachfrage mehr vorhanden gewesen. Man sei schon seit Jahren mit dem Regierungspräsidium sehr intensiv im Kontakt, man habe damals beschlossen, und es sei die rich-

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

tige Entscheidung gewesen, den Bereich Metall an der Beruflichen Schule Münsingen zu schließen. Er sei stufenweise abgebaut worden. Man habe immer gemeinsam signalisiert, dass der Bereich Landwirtschaft für die Berufliche Schule Münsingen prägend sei, genauso wie der Bereich Mode beispielsweise für die Gewerbliche Schule Metzingen. Man befinde sich in einem guten Dialog mit dem Regierungspräsidium, deswegen, trotz drittem Hinweis schreiben, trotz der rechtlichen Möglichkeit des Regierungspräsidiums, die von ihm genannten Schularten zu schließen, würden diese jetzt nicht geschlossen. Im landwirtschaftlichen Bereich müsse man auch sagen, der kommissarische Leiter der beruflichen Schule Münsingen, Herr Salzer, der es neben der Leitung der Georg-Goldstein-Schule mache, weil der Schulleiter, Herr Halm, sich ja wegbeworben habe und seit Schuljahresbeginn nicht mehr an der Beruflichen Schule Münsingen sei, habe wirklich viele Aktivitäten ergriffen und habe immerhin die Schülerzahl wieder auf einen zweistelligen Bereich bringen können. Man sei weiterhin dran, wie gesagt es gebe die Liste mit dem dritten Hinweis schreiben, aber das Regierungspräsidium sei durchaus auch im Sinne des Landkreises und im Austausch gut unterwegs.

Kreisrat Buck bedankt sich für die Antwort.

Kreisrat Fritz fragt nach, wo für die landwirtschaftlichen Schüler die nächste Schule wäre.

Herr Pflumm teilt mit, in Biberach. Beim Bereich Landwirtschaft habe es eine heftige Diskussion gegeben. Man sei in einer Fachkonferenz beim Regierungspräsidium Tübingen gewesen, und die hätten darauf hingewiesen, Münsingen sei eine der kleineren landwirtschaftlichen Schulen. Herr Aierstock sei bei der Fachkonferenz dabei gewesen und habe darüber informiert, dass auf Landesebene eine Diskussion laufe hinsichtlich Blockunterricht mit entsprechendem Internat. Damals habe er signalisiert, so wie er den Kreistag des Landkreises kenne, würde dieser sich, wenn der Standort dieser Internatsbeschulung in Münsingen wäre, dem Thema Internat sicher nicht verschließen, wie auch immer realisierbar. Er habe damals auch darauf hingewiesen, aus seiner Sicht dürfe ein Standort mit Landwirtschaft durchaus auch in der Mitte des Regierungsbezirks liegen, denn die anderen hätten bessere Zahlen, da teilweise Schüler/-innen aus der Randlage aus Bayern kämen, und wenn man wirklich den Regierungsbezirk anschau, liege Münsingen relativ zentral. Wo er vor allem das Pfund des Landkreises sehe, sei die Kombination mit der Landesfachklasse Pferdewirtschaft. Es ließe sich sehr gut miteinander verbinden, da sei die Diskussion bei Weitem noch nicht beendet.

Auszüge:

Kreisschul- und Kulturamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 7 - öffentlich -

Sanierung und Gestaltung der Außenanlagen des Beruflichen Schulzentrums Reutlingen
(Anfrage Kreisrat Buck)

Kreisrat Buck bemerkt, im März habe man das Thema Sanierung und Gestaltung der Außenanlagen des beruflichen Schulzentrums Reutlingen auf der Tagesordnung des Sozial-, Schul- und Kulturausschusses gehabt. Er frage, was sich in der Zwischenzeit getan habe, wie der Stand der Dinge sei.

Der Vorsitzende teilt mit, darüber werde im nichtöffentlichen Teil der Sitzung informiert.

Auszüge:

Kreisschul- und Kulturamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Tagesordnungspunkt 7 - öffentlich -

„Mosquito“
(Anfrage Kreisrat Buck)

Kreisrat Buck fragt, an welchem Standort dieses Gerät mit dem originellen Namen „Mosquito“ gestanden habe. Das würde seine Fraktion interessieren.

Der Vorsitzende teilt mit, darüber werde im nichtöffentlichen Teil der Sitzung informiert.

Auszüge:
Kreisschul- und Kulturamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Sozial-, Schul- und Kulturausschuss
am 10.05.2023

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Zur Beurkundung

Vorsitzender

Mitglieder des Ausschusses

Schriftführer

gez. Fiedler

gez. Vohrer
gez. Braun-Seitz

gez. Mayer

Landrat

Bekannt gegeben in der Sitzung des Sozial-, Schul- und Kulturausschusses vom 20.11.2023.
Einwendungen wurden nicht erhoben.

Schriftführer

gez. Mayer